

**Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung:
Chancen nutzen. Risiken minimieren.
Mehr Mittel bereitstellen.**



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Entschließung des Hauptvorstandes des dbb rheinland-pfalz

vom 05. November 2019

Digitalisierung gewinnt allgemein immer mehr an Fahrt. Die damit verbundenen Unsicherheiten sind allenthalben groß. Obwohl Digitalisierung Erleichterungen und Hilfestellungen ermöglichen soll, klagen viele Beschäftigte quer durch alle Branchen über wachsenden Zeit- und Arbeitsdruck in ihrem Fahrwasser und vermissen ein klares Bild von der Digitalstrategie des Arbeitgebers in ihrer Arbeitsstätte.

Dabei bietet Digitalisierung insbesondere im öffentlichen Dienst große Chancen: Durch die Automatisierung von Routinen kann bisher dafür eingesetzte Arbeitskraft zur Erledigung komplexer Aufgaben genutzt werden, wie sie den öffentlichen Verwaltungen andauernd zuwachsen. Damit das serviceorientiert und verträglich gelingt, muss Digitalisierung aber zielgerichtet und gut gemacht, mit ausreichenden Sach- und Finanzierungsmitteln ausgestattet sowie vom Personal anerkannt sein. Im Mittelpunkt der Digitalisierung muss immer der Mensch stehen.

Der dbb rheinland-pfalz fordert:

- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – ob junge „digital natives“ oder erfahrenes Personal – müssen auf den Digitalisierungsweg mitgenommen und bei der Entwicklung einbezogen werden.
Digitalisierung über die Köpfe der Mitarbeiter hinweg kann nicht funktionieren.
- Elektronische Informations- und Datenverarbeitungstechnik muss laufen.
Kleinteilig herumdokternde „Bordmittel-Lösungen“ für das Minimalziel „irgendwie wird es schon gehen“ reichen nicht aus, um digital Anschluss halten zu können.
- Einheitliche und kompatible IT-Standards sind nötig, die verwaltungsübergreifenden elektronischen Datenaustausch und problemloses elektronisches sowie mobiles Arbeiten ermöglichen.
- Alle Dienststellen brauchen entsprechend moderne IT- bzw. EDV-Ausstattungen, mit denen sie ihre Aufgaben leichter erledigen können.
- Eine fortlaufende, planvolle Modernisierung der Ausstattung ist zu sichern.
- Ein professioneller technischer Support muss fortwährend und zeitnah gewährleistet sein.
Er ist Grundlage für einen effizienten Technikeinsatz.
- Ergonomie, Funktionalitäten und Abläufe müssen die Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigen und diese bei ihrer Arbeit unterstützen.
- Digitalisierungsinhalte müssen in Studium, Aus- und Fortbildung fortlaufend aktualisiert werden.
Die Basiskompetenzen digitalen Verwaltungshandelns und Veränderungskompetenz müssen fachspezifisch, berufsgruppen- und laufbahngerecht vermittelt werden.
- Im Landespersonalvertretungsgesetz und im Betriebsverfassungsgesetz sind die Mitbestimmungstatbestände, Erörterungsrechte und allgemeinen Initiativrechte der Personal- und Betriebsräte aufgrund der Herausforderungen der Digitalisierung zu modifizieren und neu zu gestalten. Das Telenarbeits- und Homeoffice-Angebot sowie der Schutz der Betroffenen sind unter Einbeziehung der Personalvertretungen und Betriebsräte auszubauen. Gezielte Fortbildungsangebote müssen zwingend entwickelt werden.

- Für Projekte im Digitalisierungsprozess muss neben genügend Mitteln und Personal auch immer genügend Zeit eingeplant werden.
- Stärkere Anstrengungen bei der Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst sind unerlässlich, um qualifizierte IT-affine Bewerberinnen und Bewerber rekrutieren bzw. verstärkt ausbilden zu können.
- Für Digitalisierung im öffentlichen Dienst müssen mehr Ressourcen bereitgestellt werden.

Nur mit motivierten Menschen, die die Technik gestalten und anwenden, kann die Digitalisierung gelingen.

Deshalb muss Digitalisierung auch im Zusammenhang mit Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst gesehen werden. Insbesondere das Gefühl ständiger Erreichbarkeit und sofortiger Reaktionsanforderung führt zu „digitalem Stress“ und zu gesundheitsschädlicher Entgrenzung. Zunehmend hier zu beobachtende Folgen sind Unzufriedenheit, psychischer Druck und krankmachende Überlastung.

Der dbb rheinland-pfalz fordert ein frühzeitiges Gegensteuern der öffentlichen Dienststellen/Arbeitgeber.

Erfolgreiche Digitalisierung ist eine Frage des Miteinanders – wir sind dialogbereit.